

Laibacher Zeitung.

Nr. 50.

Pränumerationspreis: Im Comptoir ganzl. fl. 11, halbj. fl. 5-50. Für die Zusendung ins Haus ganzl. 50 Kr. Mit der Post ganzl. fl. 15, halbj. fl. 7-50.

Freitag, 2. März.

Insertionsgebühr: Für kleine Inserate bis zu 4 Zeilen 25 kr., größere pr. Zeile 6 kr.; bei öfteren Wiederholungen pr. Zeile 3 kr.

1877.

Ämtlicher Theil.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchst unterzeichnetem Diplome dem k. k. Major und Stellvertreter des Kommandanten des Landes-Gendarmenkommando Nr. 2 Julius Maurer den Adelstand mit dem Ehrenworte „Edler“ allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 28. Februar 1877 wurde in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien das VI. Stück des Reichsgesetzblattes, vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe, ausgegeben und versendet.

Daselbe enthält unter Nr. 14 das Gesetz vom 25. Februar 1877, betreffend die Bewilligung unverzinslicher Darlehen aus Staatsmitteln zur Unterstützung einiger Gemeinden in Niederösterreich bei der Ausführung dringender öffentlicher Bauten. (Wr. Ztg. Nr. 47 vom 28. Februar 1877).

Nichtamtlicher Theil.

Die Lösung der ungarischen Kabinettskrise.

Die ungarische Kabinettskrise hat durch die Wiederernennung des Ministeriums Tisza ihre definitive Lösung gefunden. Das ungarische Amtsblatt vom 27. v. M. veröffentlicht neun Allerhöchste Entschlüsse, die insgesamt auf die Wiederernennung des Kabinetts Tisza Bezug nehmen und von R. Tisza contrasigniert sind. Die erste derselben bildet das folgende Allerhöchste Handschreiben: Ueber Tisza! Indem ich Sie mit Bezug auf meine Entschlüsse vom 8. des laufenden Monats zu Meinem ungarischen Ministerpräsidenten neuerdings ernenne, gewärtige ich Ihre Vorschläge bezüglich der Bildung des Kabinetts. Gegeben zu Wien am 25. Februar 1877. Franz Josef m. p. R. Tisza m. p.

Hierauf folgte eine Allerhöchste Entschlüsse vom 26. v. M., mittels welcher sämtliche bisherige Minister auf Vorschlag des Ministerpräsidenten neu ernannt, respective in ihren bisher innegehabten Stellungen bestätigt werden. Hieran reißen sich die Handschreiben an die einzelnen Minister, welche diesen ihre Ernennung, respective Bestätigung bekanntgeben.

In der Sitzung des ungarischen Abgeordnetenhauses vom selben Tage erfolgte die Inauguration des wiederernannten Ministeriums, sowie die Erklärung des Ministerpräsidenten Koloman von Tisza über den zwischen den beiderseitigen Regierungen vereinbarten wirtschaftlichen Ausgleich. Zugleich nahm auch Baron Paul Sennyey Veranlassung, um, wie er ausdrücklich erklärte, nach vorher eingeholter Ermächtigung seitens der Krone dem Parlamente über die Rolle nähe-

ren Aufschluß zu geben, welche ihm selbst im Verlaufe der jüngsten Krisis zugefallen. Ueber den Verlauf der Krise gab der neue Ministerpräsident Herr Koloman Tisza zu Beginn der Sitzung in einer Rede an das Haus näheren Aufschluß. Er sagte:

„Was die Ursache der Demission des Kabinetts gewesen, das weiß das geehrte Haus aus meiner hier abgegebenen ämtlichen Erklärung. Sie wissen auch, daß Se. Majestät infolge der Demission mit mehreren hervorragenden Persönlichkeiten konferiert hat, theilweise zum Zwecke der Constituierung einer neuen Regierung, theilweise aber, um deren Ansicht über die Situation zu vernehmen. Der gewünschte Erfolg dieser Konferenzen, die Bildung einer neuen Regierung, wurde nicht erreicht, worauf Se. Majestät mich abermals aufforderte, die Bildung eines Kabinetts zu übernehmen. Ich mußte aber bei dieser Gelegenheit eben so wie meine Kollegen erklären, daß wir wol bereit sind, Sr. Majestät zu dienen; doch damit wir nützlich und zweckmäßig dienen können, sei es unbedingt notwendig, daß wir darüber versichert sind, nicht wieder Wünschen solcher Art zu begegnen, derenthalb wir unsere Demission gegeben haben.“

Infolge dessen erfolgten zwischen uns und der kais. österreichischen Regierung Konferenzen ganz privater Natur, und führten dieselben zum Zustandekommen einer solchen Proposition, die den Staatsbürgern und den Positionen der beiden Staaten vollständige Parität sichert und andererseits das möglich macht, was neben den anderen Propositionen nicht möglich war, worauf wir aber unsererseits eben von jenen Gesichtspunkten aus Gewicht legten, nämlich, daß die beiden Gouverneure der Bank überall von Sr. Majestät auf Vorschlag der betreffenden Regierung ernannt werden. Als dies, wie ich sage, zustande kam und diese letztere Bedingung von der kais. österreichischen Regierung acceptiert wurde, dann meldeten wir Sr. Majestät unsere Bereitwilligkeit zur abermaligen Uebernahme der Regierung. Wir, geehrtes Haus, haben es unter solchen Umständen für unsere Pflicht gehalten, anzunehmen, auf uns die Durchführung des Ausgleiches zu nehmen, welcher nach unserer Ueberzeugung die Rechte des Landes nicht aufgibt, unser staatliches Ansehen nicht verringert und dabei vom Standpunkte unseres materiellen Interesses, wenn auch in einzelnen Positionen den Interessen des anderen vertragschließenden Theiles große Konzessionen gemacht worden — ich wiederhole dies — vom Standpunkte der materiellen Interessen wesentlich besser sein wird, als die Situation in den jetzt zu Ende gehenden zehn Jahren.

Wir wissen, daß wir eine schwere Verantwortung übernommen, als wir den Ausgleich acceptierten. Aber das von mir Dargelegte einerseits, andererseits sowol

die waterländische als die allgemeine, sowol politische als finanzielle Lage erwägend, fanden wir, daß wir die Verantwortung acceptieren können. Wir könnten sie nicht acceptieren für jene Uebelstände, die sich ergeben würden, wenn wir einen solchen Ausgleich nicht annähmen.

Die Vorlagen werden binnen kurzem, ich hoffe spätestens in drei oder vier Wochen, in ihrem ganzen Umfange dem Hause vorliegen, und dann wird das geehrte Haus Gelegenheit haben, über dieselben zu entscheiden. Indem wir uns der Freundlichkeit des geehrten Hauses empfehlen, werden wir ruhig abwarten, was die Uebersicht des Hauses und die Gesetzgebung beschließt. Wenn Sie finden werden, daß unsere Vorlagen, die zu verteidigen wir jedenfalls als unsere Pflicht erachten werden, abzulehnen seien, dann werden jene, welche das verwarfen, was wir als im Interesse des Landes liegend erkannten, für die Folgen verantwortlich sein. Möge was immer geschehen, wir harren des Urtheiles mit Ruhe, die uns das Bewußtsein gibt, daß wir nach bestem Wissen und Gewissen unternahmen und unternahmen, was, wie gesagt, nach unserer Ueberzeugung unter den gegebenen Verhältnissen wol eine sehr schwierige, aber eine Pflicht gegen das Vaterland ist.“

Die österreichischen Genossenschaften und ihre Besteuerung.

I.

Die Gewerbefreiheit, die Einführung der Maschinen und der Uebergang zum Großbetriebe in der Industrie haben einen großartigen Umschwung in den wirtschaftlichen und sozialen Verhältnissen unseres Zeitalters bewirkt. Man befreite die Arbeit von unnatürlichen Schranken, nahm ihr aber zugleich langgewohnte Stützen, die nun auf offener Bahn, im Kampfe freier Wettbewerbung denn doch schwer vermisst wurden. Die immer ausgedehntere Benützung von Maschinen und der Uebergang vom Gewerbe zum industriellen Großbetriebe erheischten weit größere Kapitalien, das kapitalarme Gewerbe konnte der Industrie gegenüber seine Konkurrenzfähigkeit nicht behaupten und trat immer mehr in den Hintergrund. Die Bedingungen der Production und des Absatzes verschoben sich vollständig. Hand in Hand damit entwickelte sich die soziale Neugestaltung. Ganze Schichten der gewerblich erwerbenden Bevölkerung verloren die Möglichkeit selbständiger Existenz, der Handwerker wurde zum Fabrikarbeiter, immer scharfer prägte sich der Unterschied der sozialen Klassen aus, und der Gegensatz von Kapital und Arbeit wurde zum Schiboleth eines sozialen Kampfes, dessen Ende nicht abzusehen ist.

In diese Entwicklung trat als ausgleichendes Moment die genossenschaftliche Bewegung ein. Die Erwerbs-

Feuilleton.

Der Jahres-Sanitätsbericht der Stadt Laibach.

Dr. F. K. — Der von unserem verdienstvollen Stadtskriver Herrn Dr. Wilhelm Kovatsch ausgearbeitete umfangreiche Jahres-Sanitätsbericht der Stadt Laibach für das Jahr 1875 enthält so viel des Interessanten und des allgemein Wissenswerthen, daß wir die, wenn gleich nur skizzierte, Wiedergabe des reichhaltigen Materials für wünschenswerth erachten. Der Jahresbericht ist ein umfangreiches, mit großem Fleiße gearbeitetes, mit zahlreichen statistischen Tabellen ausgestattetes Schriftstück, welches nicht nur ein großes statistisches Material, sondern auch sehr beherzigenswerthe Beobachtungen, Winke und Vorschläge enthält, die das volle Interesse jedes Bewohners der Stadt wachzurufen wol geeignet sind.

Viele Vorschläge des Herrn Stadtskriver sind leider dazu bestimmt, wahrscheinlich für immer fromme Wünsche zu bleiben, z. B. die Installierung einer städtischen Wasserleitung, eine durchgreifende Canalisation der Stadt, der Bau von Arbeiterhäusern u. s. w., um die Stadt mit gesundem Trinkwasser, gesundem Luftkreis und gesunden Wohnungen zu versehen. Eine andere Reihe von Vorschlägen sieht einem ähnlichen Schicksale entgegen, das sind jene, die seit längerer Zeit im Schoße der vom Gemeinderathe einberufenen Sanitätsenquete „ruhen.“ Dieser gehören die Einführung eines neuen und rationellen Abfuhrsystems der Mährungstoffe, die Ausführung des Reibrichts aus der Stadt, die Errichtung öffentlicher

Bade-Anstalten, Schwimmschule, Verlegung der Wäsche-depots außer der Stadt u. s. w.

Aus dem Berichte geht im allgemeinen hervor, daß das Jahr 1875 ein in sanitärer Beziehung ungünstiges, wenn gleich günstiger wie das Vorjahr war, daß die Sterblichkeit mit 32-3 Prozent von je 1000 Einwohnern in Anbetracht dessen, daß in dieses Jahr eine bedeutende Epidemie fiel, keine auffallend große war, daß die Thätigkeit des Stadtskriver eine außerordentliche, fast fieberhafte war, und daß alle sanitären Reformen hier wie überall, wo die öffentliche Gesundheitspflege in den Händen politischer Magistrate sich befindet, betreffendenorts nicht jene liebevolle Würdigung finden, die im Interesse der Sache so sehr zu wünschen wäre.

Was den Bericht selbst anbelangt, so beginnt er mit einer weitläufigen Schilderung der meteorologischen Verhältnisse des Jahres 1875. Das Jahresmittel der Temperatur beträgt 7-9 ° C., ein gegen die Vorjahre sehr tief stehendes, daher das Jahr 1875 kälter als 1872, 1873 und 1874 und nur um 0-1 ° C. wärmer war, als das Jahr 1871. Die Temperaturschwankungen, die Zahl der Niederschläge gestalten dieses Jahr zu einem sanitär ungünstigen.

Der Bericht übergeht sodann zu den allgemeinen Morbiditätsverhältnissen; dieselben müssen ebenfalls als ungünstige bezeichnet werden. Das Jahr begann mit einer aus dem Vorjahre überkommenen Diphtheritis-Epidemie, der im Verlaufe des Jahres 1875 103 Kinder zum Opfer fielen, gegen 124 im Vorjahre 1874. Außer dieser Epidemie waren es meist entzündliche Krankheiten der Respirationsorgane sowie Scharlach und Typhus, welche die Mortalitätsziffer steigerten, letzterer besonders in den Monaten Oktober und November. Als begünstigende Momente der Epidemie sowol als der großen Morbidität

gibt der Bericht die Ueberfüllung der Wohnungen der Armen an; es wohnen oft 2-3 Familien in einem Zimmer oder 1 Familie mit 3 Bettgebern. Als Abhilfe führt der Bericht an: Hebung des Wohlstandes der Bevölkerung (das Wie? gibt der Bericht freilich nicht an) und Anlage zweckentsprechender Arbeiterwohnungen. Als Hauptgrund der Morbidität erachtet der Stadtskriver ferner den Mangel eines rationellen Abfuhrsystems der Mährungstoffe, die ungünstigen Brunnenverhältnisse, das ungünstige Ausmündungs-niveau der Kanäle in den Laibachfluß.

Ein weitläufiges und von allen möglichen statistischen Standpunkten bearbeitetes Kapitel des Berichtes bildet die Diphtheritis-Epidemie. Dieselbe begann im Mai 1874, wurde im September 1874 als Epidemie erklärt und erlosch im Mai 1875, daher sie in nur 5 Monate des Jahres 1875 fällt. Es starben im ganzen 227 an dieser mörderischen Seuche, fast durchwegs Kinder; in das Alter von 26 bis 56 Jahren fielen 3 Todesfälle, die größte Sterblichkeit fällt in das Alter vom 2. bis 5. Lebensjahre. Im Mai wurde die Epidemie als erloschen erklärt, doch dauert diese Krankheit sporadisch bekanntlich bis heute noch fort. Es ist rühmend hervorzuheben, daß die prophylaktischen Maßnahmen bei den einzelnen Todesfällen auch nach der Erloschenerklärung der Epidemie fortgesetzt wurden und werden, welchem Umstande ganz sicher das schwache Auftreten der Krankheit zuzuschreiben ist.

Was die Vertlichkeit des Auftretens der Epidemie anbelangt, so ergab sich im Jahre 1875, daß große Häuser mit vielen Parteien und kleine Häuser mit vielen kleinen Wohnungen für mehrere Parteien die Hauptherde der Epidemie bildeten (Coliseum, Innere Stadt Nr. 142, 31 und 55 ic.) Die größte Sterblich-

und Wirthschaftsgenossenschaften setzen dem Ueberwiegen des Kapitals und der Association desselben eine neuartige Vereinigung wirthschaftlicher Individualitäten, ihrer Arbeit, ihres Kredits, entgegen, die Organisation von wirthschaftlich beachtenswerthen Körpern aus Atomen, die vereinzelt wirkungslos verloren gehen würden. Die Erwerbs- und Wirthschaftsgenossenschaften perhorrescieren sozialistische Tendenzen, sie basieren auf dem Prinzip der Selbsthilfe und bezwecken, im Wege der Vereinigung dem Einzelnen die Erfordernisse produktiver Wirthschaftsthätigkeit zu schaffen, die ihm sonst unerreichbar wären. Der Vorschußverein schafft durch die Vereinigung seiner Mitglieder eine sichere Kreditbasis, die Solidarhaftung führt dem Einzelnen den ihm sonst unzugänglichen, für den Geschäftsbetrieb nothwendigen Kredit zu und sichert ihm auf solche Weise einen wesentlichen Faktor der Konkurrenzfähigkeit. Der Konsumverein macht durch den Vortheil des Einkaufes im großen dem kleinen Manne billige Waren, insbesondere Lebensmittel, für den Hausbedarf zugänglich; die Rohstoffgenossenschaft verfolgt den gleichen Zweck des billigen Wareneinkaufes im großen für den Gewerbebetrieb, während die sogenannte Magazinsgenossenschaft den Vortheil größerer Kapitalkraft bei dem Warenverkaufe verwerthet; die Produktivgenossenschaft endlich macht den Arbeiter zum industriellen Unternehmer und hebt ihn zum selbständigen Geschäftsbetriebe empor. Das Bild wäre nur halb — meint die „Presse“, der wir die nachfolgende Artikelreihe entnehmen — wenn wir nicht auch der Genossenschaftsbildung auf landwirthschaftlichem Gebiete gedenken würden. Hier finden sich Vereinigungen zur Beschaffung von Maschinen, Werkzeugen, Sämereien u. s. w., auch Produktivgenossenschaften für Räsereien, Weinbau u. s. w. Vor allem aber besitzen die in Oesterreich sehr verbreiteten landwirthschaftlichen Kreditvereine hervorragende Bedeutung, welche dem Kleingrundbesitzer Betriebskapital im Wege des Personalkredits zuführen und neustens sich auch mit Hypothekarkredit-Gewährung zu befassen anfangen. So stellt sich das Genossenschaftswesen in seinen Beziehungen zu zwei der wichtigsten Produktionszweige — Landwirthschaft und Gewerbe — als ein die wirthschaftliche Entwicklung wesentlich förderndes Element dar. Auch die soziale Bedeutung der genossenschaftlichen Vereinigung ist augenfällig. Das Genossenschaftswesen hilft nicht nur gewisse Kreise von dem niederdrückenden Einflusse des Kapitalsmangels und der Kreditlosigkeit emanzipieren, es wirkt ohne Zweifel, vermöge der Einrichtung der Selbstverwaltung und des Bewußtseins der Verantwortlichkeit, auch wirthschaftlich bildend, sittlich und in letzter Linie politisch erziehend.

In Oesterreich hat das Genossenschaftswesen seit verhältnißmäßig kurzer Zeit einen bedeutenden Aufschwung genommen. Namentlich gilt dies rüchlich der gewerblichen, kaufmännischen und landwirthschaftlichen Kreditvereine. So waren im Jahre 1874 ausgewiesen 1301 Vorschuß- und Kreditvereine, im Jahre 1875 1666 Vorschuß- und Kreditvereine, im Jahre 1876 1993 solcher Vereine. Die Zahl dieser Genossenschaften ist also innerhalb der letzten drei Jahre um 692, oder um 53 Prozent gestiegen. Ueber die Sebarung der Genossenschaften sind leider nur sehr ungenügende Daten vorhanden. Der Bericht des Anwalts des österreichischen Genossenschaftsverbandes für das Jahr 1873 konstatiert, daß 175 Vorschußvereine, für welche die Ausweise vorlagen, am 31. Dezember 1873 68,358 Mit-

glieder zählten, und daß 189 Vorschußvereine in demselben Zeitpunkte ein eigenes Kapital von 7.198,075 fl. besaßen und über fremdes Kapital im Betrage von 23.050,614 fl., demnach im ganzen über ein Betriebskapital von 30.248,689 fl. verfügten. Die Summe sämmtlicher Auslagen betrug bei 165 Vereinen 97 Mill. 877,738 fl. Von 189 Vereinen wurden im Jahre 1873 Kredite in der Höhe von 68.492,871 fl. gewährt, wovon auf einen Verein 362,396 fl. entfallen. Man muß sich gegenwärtig halten, daß diese Sebarungsziffern nur einen kleinen Bruchtheil der gesammten österreichischen Genossenschaften umfassen, und daß sie das Jahr 1873 betreffen, in dessen zweiter Hälfte erst das österreichische Genossenschaftsgesetz in Wirksamkeit trat. Immerhin läßt sich auch schon aus den angeführten Daten die günstige Entwicklung des österreichischen Genossenschaftswesens — in erster Linie der Kreditvereine — ersehen. Diese Entwicklung hat in den letzten drei Jahren, wie schon die stetig steigende Zahl der Genossenschaften andeutet, entschiedene Fortschritte gemacht, trotz der Krise, welche die Genossenschaften rüchlich überstanden haben, theilweise wol auch infolge der Krise, welche die Kreditbeschaffung des Einzelnen wesentlich erschwerte und daher naturgemäß zur Vereinigung behufs leichterer Krediterlangung drängte.

Regierung und Legislative in Oesterreich haben auch die Bedeutung des Genossenschaftswesens nicht verkannt. Am 1. Juli 1873 trat das Genossenschaftsgesetz vom 9. April desselben Jahres in Wirksamkeit, ein Fortschritt in der Entwicklung des österreichischen Genossenschaftswesens, dessen bedeutende Tragweite allseitig gewürdigt wird. Zugleich mit dem Genossenschaftsgesetze trat ferner das Gesetz vom 21. Mai 1873 in Kraft, durch welches die Gebührenverhältnisse der registrierten Genossenschaften in der rüchlichsvollsten Weise geregelt wurden. Dagegen glaubt man allerdings in genossenschaftlichen Kreisen, der österreichischen Steuerverwaltung eine geradezu feindselige Haltung vorwerfen zu sollen. Mannigfache Beschwerden über die Steuerpraxis gegenüber den Genossenschaften werden erhoben. Im Abgeordnetenhaus hat in jüngster Zeit der Abg. Dr. Wenger diese Beschwerden zum Ausdruck gebracht, während allorten eine lebhaftige Agitation in dem bezeichneten Sinne geführt wird, deren Centrum die Anwaltschaft des österreichischen Genossenschaftsverbandes und deren publizistisches Organ „Die Genossenschaft“ bildet. Wir werden in den folgenden Artikeln die einschlägigen Verhältnisse einer objektiven Prüfung unterziehen und zugleich den Einfluß der Steuerreform auf die Besteuerung der Genossenschaften erörtern.

Die Friedensverhandlungen.

Die Friedensverhandlungen mit Serbien, welche in Konstantinopel direkt von dem Minister des Aeußern Safvet Pascha unter Assistenz des Staatsrathes Carathodori Efendi mit den serbischen Bevollmächtigten geführt werden, sind soweit vorgeschritten, daß der Friede hoffentlich noch heute oder morgen unterzeichnet werden wird. Schon nach der ersten Konferenz benachrichtigte die Pforte telegraphisch den Armeecorps-Kommandanten Ali Saib Pascha, daß die Friedensverhandlungen günstig verlaufen. Er wurde ermächtigt, den Kommandanten der serbischen Truppen, welche den Demarcations-Cordon bilden, diese gute Neuigkeit anzukündigen und ihnen

sogar zu gestatten, an den Wiederaufbau der verbrannten Ortschaften, die Ausbesserung der verurfahten Eisenbahnen und die Wiederherstellung der Telegraphenleitungen zu schreiben. Zugleich ward Ali Saib beordert, auch die Soldaten in dem von ihm besetzten Gebiete zu bestimmten Zwecken zu verwenden.

Der ausdrückliche Wunsch des Sultans hat Friedenswerk sehr erleichtert und beschleunigt. Die Erfüllung Serbiens zu erfüllende Aufgabe war umfoweniger schwierig, als die Türkei diesem Fortschritte nichts zu gewähren hat.

Auch Montenegro gegenüber herrscht seitens des Sultans dieselbe Geneigtheit vor. Allein die Frage, ob sich nicht ganz so für das Kabinett, welches eine solche Verantwortung übernehmen und mit der öffentlichen Meinung von Stambul zu rechnen haben wird, sobald die Grundlage in Unterhandlung getreten ist — einigermassen die Gebietsabtretung an Montenegro abtritt. — und man weiß, daß Fürst Nikola nur auf die Unterhandlungen mit Montenegro keineswegs so eingeht, wie jene mit Serbien. Nachdem die montenegrinischen Delegierten am 21. v. M. von Cattaro gereist sind, somit nicht vor dem 2. oder 3. März Konstantinopel eintreffen können, sieht sich die Pforte ihrem großen Mißbehagen vor die Nothwendigkeit gezwungen, den Waffenstillstand mit Montenegro um 14 Tage zu verlängern. Es wird diesbezüglich bereits telegraphisch dem Fürsten Nikola korrespondiert.

Die türkischen Journale sind im allgemeinen die Herstellung des Friedens mit den beiden Fürstenthümern günstig gestimmt; nur sehen sie nicht ein, wie die Gebietsabtretungen zugestehen könnte. Sie enthalten eine Diskussion dieser Frage und beschränken sich darauf, ihren Lesern zu sagen, daß der Friede für die Pforte ein ehrenvoller sein werde. Die erwähnten Beisitzer haben nämlich vom Prefsbureau strenge Befehle erhalten, sich jedes Commentars über die schwedischen Verhandlungen vor Abschluß des Friedens zu enthalten. Diese Weisungen werden auch genau beobachtet; nur der Herausgeber des Journals „Istikbal“ (ein Organ, welches Anwandlungen von Insubordination zeigte, worauf vor das Zuchtpolizeigericht geladen, unter dem Vorwurfe in dem ebenfalls unter seiner Leitung erscheinenden humoristischen Blatte „Kahyat“ eine den Text der Pforte in übelangebrachter Weise parodierende Karikatur gebracht zu haben. Dank dieser administrativen Maßnahme ist der „Istikbal“ zum Schweigen gebracht.

Politische Uebersicht.

Kaisbach, 1. März.

Der Fortschrittsklub des österreichischen Abgeordnetenhauses beauftragte seinen Obmann, sich mit den Functionären der beiden anderen verfassungstreuen Fraktionen bezüglich der Vereinbarung in Verbindung zu setzen, die zur Festsetzung einer baldigen Parteikonferenz nöthig sind, in welcher die vom Fortschrittsklub angenommene Resolution betreffs der Aenderung der Delegationen diskutiert werden soll.

In der gestrigen Sitzung des Eisenbahn-Ausschusses erschien Handelsminister Ritter v. Schlumbeck und gab die Erklärung ab, daß die Regierung darauf bestünde, das Abgeordnetenhaus in die Verathung des Gesetzes über den Ankauf von garantierten Eisenbahnen einzuführen. Er wurde infolge dessen sofort in die Verathung der Verträge eingegangen. An der Generaldebatte nahmen die Abgeordneten Fürst, Schwab, Dumba, Jambowitz, Teuschel und Herbst theil, welche sich sämmtlich für die Gesetzesentwurf erklärten.

In Angelegenheit der Berlin-Dresdner Bahn hat der Reichskanzler dem deutschen Bundesrathe folgenden Antrag zugehen lassen: „Der Bundesrath wolle die zwischen Preußen und Sachsen bestehenden Streitigkeiten auf Grund der Reichsverfassung dahin erledigen, daß die Verpflichtung der sächsischen Regierung gestellt wird, zu dem von der preussischen Regierung mit der Berlin-Dresdner Bahn vereinbarten Vertrage ihre Zustimmung zu ertheilen, mit der Maßgabe, daß die ihr nach dem Staatsvertrage vom 6. Juli 1872 zustehenden Rechte nicht geschmälert werden.“

Der französische Senat hat ungeachtet der geänderten Fassung das von der Kammer votierte Gesetz, wonach der Regierung das Ernennungsrecht der Präsidenten der Prud'hommes-Räthe entzogen wird, neuerdings abgelehnt. — Die Deputiertenkammer genehmigte ungeachtet der Einsprache des Marineministers einen Antrag, durch welchen Suhana und Senegal wieder durch Deputierte in der Kammer vertreten werden sollen.

Bei der am Sonntag im Departement Baucluse stattgehabten Wahl eines Deputierten für die Verfallene Kammer hat der republikanische Kandidat den Sieg davongetragen. Der Radikale Saint-Martin erhielt 970 Stimmen und der Legitimist du Demaine nur 909 Stimmen.

Die „Pol. Korr.“ erfährt aus Petersburg, daß alle Meldungen über eine unmittelbar bevorstehende militärische Action Russlands zur Stunde verfrüht seien, jedoch energische Schritte in jedem Falle in Aussicht stehen. Die Entscheidung hänge von dem Eintreffen der Antwort der Mächte auf die russische Circulardepeche ab. Das Eintreffen der Rückäußerung des Kabinettes St. James wird in Petersburg für Ende

leit zeigte der Moorgrund mit 8.3 per 1000 Einwohner, die Vororte mit 6.8 und 6.0, die geringste die innere Stadt mit 3.0. Armuth und Wohnungsüberfüllung bilden also die begünstigendsten Momente der Epidemie.

Wenngleich der Bericht konstatiert, daß die Epidemie nicht autochthon in Laibach auftrat, sondern von außen her die Stadt überzog, wie sie überhaupt als Weltseuche auftrat, so ist doch nicht zu zweifeln, daß die lange Dauer derselben in Laibach von den ungünstigen Verhältnissen abhing, die sie in Laibach vorfand. Unter diese ungünstigen Verhältnisse zählt der Bericht:

- 1.) den Mangel eines rationellen Abfuhrsystems;
- 2.) Armuth und Wohnungsüberfüllung;
- 3.) das Schlachten des Kleinstviehes in den Haushöfen, welche ebenso viele Depots sich zersetzender organischer Substanzen repräsentieren;
- 4.) die schlechte und stellenweise ganz fehlende Canalisation;
- 5.) den Mangel öffentlicher Fluß-Badeanstalten;
- 6.) die Waschdepots in der inneren Stadt, darunter auch Wäsche von Diphteritkranken;
- 7.) den Mangel jeder rationellen Marktordnung und Marktaufsicht;
- 8.) den Mangel einer ordentlichen Fleischschau, Einfuhr von Fleisch kranker, oft verendeter Thiere aus den Vororten;
- 9.) die durch 1, 3 und 4 hervorgerufene Infiltration des Bodens und Grundwassers und Vergiftung der meisten Privatbrunnen.

Betreffs der Mortalität bringt uns der Bericht nachstehende Daten:

Im Jahre 1875 sind 993 Leichen vom städtischen Todtenbeschauer beschaut worden, gegen 1142 im Jahre 1874 und 989 im Jahre 1873. Von dieser Ziffer rechnet der Stadtschreiber 21 Todtgeburten und 195 im

Zivilspitale verstorbenen Nichtlaibache und 10 vom Todtenbeschauer außerhalb des Stadtrayons Beschaute ab. Es verbleiben somit für Laibach 767 Todesfälle, also 32.2 von je 1000 Einwohnern, daher um 6.8 weniger als im Vorjahre; es starben daher täglich 2.7 Einwohner.

Nun folgt eine statistische Nachweisung über das Geschlecht und Alter der Verstorbenen, und zwar in letzterer Richtung unterscheidet der Bericht das Säuglingsalter (1—2 J.), das Alter der Entwicklungsperiode (2—20 J.), das produktive Alter (20—60 J.) und das Greisenalter (über 60 Jahre).

Das Säuglingsalter	lieferte	16.8	Pzt.	aller	Todesfälle,
das Alter der Entwicklung	24.8	"	"	"	"
das produktive Alter	36.7	"	"	"	"
das Greisenalter	21.7	"	"	"	"

Im Vergleiche zur Sterblichkeit in Wien steht dieselbe bei uns im Säuglingsalter günstiger, im Greisenalter entschieden ungünstiger als in Wien, was der Bericht mit Recht der kommunalen Munificenz, mit der dort für das Alter vorgesorgt wird, als Verdienst zuschreibt; während bei uns die Armenverpflegung ganz mangelt, die Altersversorgung dagegen äußerst mangelhaft ist.

Bezüglich der Todesarten ist bemerkenswerth, daß 12 gewaltsame Todesarten (8 infolge zufälliger Verletzungen, 1 durch Ueberfahren, 1 Erstickung in der Senkgrube, 1 infolge von Gasausströmung) und zwei Selbstmorde vorlamen, und zwar eine Dame im produktiven Alter durch Ertränken, ein Sträfling im Greisenalter durch Erhängen. Verbrecherische Tödtungen kamen gar nicht vor (im Vorjahre zwei).

(Schluß folgt.)

dieser Woche avisiert. — Einer Meldung des „N. W. Tagblatt“ zufolge erhalten sich die Gerüchte, daß ein Manifest des Zaren in den nächsten Tagen zu erwarten sei. Fürst Mentshikoff weilt in besonderer Mission des Zaren an den Kaiser seit einigen Tagen in Berlin.

Einem Athener Telegramme der „Independance Belge“ zufolge hat die griechische Kammer die Disposition des Rekrutierungs-Gesetzes begonnen und den die Stellvertretung aufhebenden Paragrafen angenommen. Die Verhandlungen dürften sich die ganze Woche hindurch hingezogen haben. In der Sitzung vom Mittwoch erklärte der Ministerpräsident Herr Komunburos: „Wir müssen uns für den Monat Mai vorbereiten. Sie müssen Opfer bringen, denn unsere Ehre kann, wie im Jahre 1868, kompromittiert werden. Wir sollen unsere Rechte sichern und verteidigen. Wir verlangen nicht nach Eroberungen, aber wir wollen nicht unter Montenegro, Serbien und andere inferiore Staaten gestellt sein. Wir werden den Fremden nicht das Recht einräumen, zu sagen, daß König Georgios nur Erinnerungen habe. Die Idee des Vaterlandes ist die Idee der Aufopferung.“

Wie die neuesten Telegramme berichten, wurde gestern der Friede mit Serbien auf Grund des status quo ante bellum abgeschlossen. Serbien verpflichtete sich, den Armeniern und Juden dieselben Rechte wie den Angehörigen der griechisch-orientalischen Kirche zu gewähren, und hat ferner versprochen, die Bildung von revolutionären Banden und Comités auf serbischen Gebieten nicht zu dulden. Dagegen hat die Pforte vollständige Amnestie gewährt und sich verpflichtet, die Positionen in Serbien binnen zwölf Tagen nach Ratifikation des Friedens-Instrumentes durch die ottomanischen Truppen räumen zu lassen.

Der Waffenstillstand mit Montenegro wurde im Interesse der Friedensverhandlungen vorläufig formell auf zwanzig Tage verlängert und entsprechende Weisungen erlassen.

Der türkische Minister des Aeußern verständigte vorgestern neuerdings die Vertreter der Pforte im Auslande, daß alle in ausländischen Blättern fortwährend umlaufenden Gerüchte von der Krankheit des Sultans, von dem bevorstehenden Wechsel des Großveziers und von der unruhigen Haltung der Bevölkerung von Konstantinopel vollkommen unbegründet seien.

Die Wahl des siegreichen Insurgentenchefs Porfirio Diaz zum Präsidenten von Mexiko bedeutet allem Anscheine nach einen Erfolg der clerikalen Reaction. Es droht nunmehr eine arge Handels- und Geldkrise herein zu brechen. Eine neue Revolution ist im Anzuge, denn Iglesias wirbt in der Union bereits Truppen zu einem Einmarsch in Mexiko.

Tagesneuigkeiten.

(Oesterreichische Fürsten in Audienz beim Mikado.) Einige Tage vor dem neuen Jahre trafen Fürst Vichstein und Fürst Montenuovo auf ihrer Reise um die Welt in Tokio (Yedo) ein, und sogleich beehrte sich unser dortiger Ministerresident, Ritter von Schäfer, beim Mikado um die Erlaubnis anzusuchen, Sr. Majestät beim üblichen Neujahrsempfange diese beiden österreichischen Gäste vorzustellen. Die Antwort fiel bejahend aus, und unterhielt sich dann Kaiser Nuhito bei der Audienz eine längere Zeit mit den beiden Fürsten. Letztere bedankten sich aufs lebhafteste, daß sie nicht auch der Kaiserin Gakotsu, die nur diese Zeit in Miato weilte, vorgestellt werden konnten.

(Bericht über die Begnadigung.) Aus Petrinja wird der „Agrar Zeitung“ geschrieben: „Bei der am 24. Februar beim hiesigen Gerichtshof durchgeführten Schlussverhandlung wurde Nikola Bacon, aus Zaprest in Kroazien gebürtig, 25 Jahre alt, wegen Verbrechens des menschlichen Raubmordes zum Tode durch den Strang verurtheilt. Der Verurtheilte hat während der ganzen Verhandlung, obgleich er die That in allen ihren Einzelheiten gestanden, nicht die mindeste Reue gezeigt, vielmehr eine seltene Rülse und Gleichgültigkeit an den Tag gelegt. Bei der Publication des Todesurtheils erklärte er mit aller Kaltblütigkeit, er sei mit dem Todesurtheile zufrieden, und bat, die Todesstrafe an ihm jedenfalls vollziehen zu lassen, und daß er keine Begnadigung wünsche.“

(Zum Jubel-feste des Papstes) soll eine förmliche katholische Bitterwanderung nach Rom in Szene gesetzt werden. In Nordamerika, Brasilien, England, Frankreich, Spanien, Deutschland, Schweiz, in Italien und in Polen werden bereits Pilgerzüge nach Rom vorbereitet. Aus Oesterreich sind bis jetzt nur Kirchenfürsten angemeldet, und zwar der Primas von Ungarn, der Kardinal Fürst zu Schwarzenberg aus Prag, der Fürstbischof von Gurk und der Bischof von Linz.

(Eisexport aus der Schweiz.) Der Eisexport aus Albinthal, der schon seit mehreren Monaten bedeutende Dimensionen angenommen, hat in den letzten Tagen, wie man aus Glarus schreibt, eine ungeahnte Höhe erreicht. Von allen Gegenden der Schweiz, namentlich von Zürich und aus dem Bündnerlande, laufen fortwährend Pferdetransporte an, um die enormen Fuhrwerke zu profitieren, welche gegenwärtig bis 60 Francs täglich per Zweispanner ansteigen. Letzthin waren nahezu 200 Pferde im Albinthal beschäftigt, die aus dem See heraufgeführten krySTALLenen Blöcke nach Metfall und nach Glarus zu schaffen, und man wird in der Annahme nicht weit fehl gehen, daß das Quantum Eis, welches gegenwärtig gewonnen wird, nahezu 10,000 Zentner pro Tag beträgt; lange Wagenzüge der schweizerischen Nordostbahn führen dasselbe nach verschiedenen Richtungen ab.

(Eine Polar-Kolonie.) Jüngst wurde dem Kongress der Vereinigten Staaten eine Bill unterbreitet, deren Zweck es ist, eine Subsidie von 50,000 Dollars für ein neues und kühnes Unternehmen zu erlangen, nämlich die Gründung einer vierhundert Meilen vom Nordpol entfernten Kolonie zu dem Behufe, mit Muth das zu vollbringen, was den Mannschaften der verschiedenen Nordpol-Expeditionen nicht gelungen ist. Der Urheber des Projektes, welches die Unterstützung sämtlicher wissenschaftlicher Gesellschaften der Union sowie der Mitglieder früherer arktischer Expeditionen genießt, ist Kapitän S. W. Hovgate von dem United States Signal Service, ein gründlich praktischer und erfahrener Mann der Wissenschaften. Kapitän Hovgate's Plan für die Erreichung des Pols geht dahin, eine Anzahl abgehärteter, entschlossener und erfahrener Männer an irgend einem Punkte in der Nähe der Westküste des Polarmeerz anzusetzeln. Der für den Zweck am günstigsten gelegene Ort ist die „Discovery“ voriges Jahr überwinterte. Eine solche Kolonie soll aus mindestens fünfzig Leuten bestehen und mit Lebensmitteln und anderen nothwendigen Vorräthen für drei Jahre versehen sein. Mit einem starken, dauerhaften Gebäude, wie solches leicht per Schiff an Ort und Stelle befördert werden dürfte, könnte die Expedition ebenso behaglich und gesichert gegen atmosphärische Gefahren gemacht werden, wie es die auf den Gipfeln von Pike's Peak und Mount Washington stationierten Mannschaften des United States Signal Service oder die Beamten der Hudsonsbay-Company in Fort York, wo eine Temperatur von — 50 Grad nicht ungewöhnlich ist, sind. Das Hauptdepot würde an der Lady-Franklin-Bay zwischen dem 81. und 82. Breitengrade, der, wie Kapitän Hovgate denkt, leicht erreicht werden könnte, etabliert werden. Wenn möglich, soll ein vorgerichtetes Depot in den Quartieren des „Alert“ errichtet werden, wodurch die Straße nach dem Pol um 90 Meilen gekürzt sein würde. Ein Schiff würde nur gebraucht werden, um Mannschaften und Vorräthe an Ort und Stelle zu befördern, dann könnte es getrost zurückkehren. Alljährlich könnte die Kolonie mit frischen Lebensmitteln und Neuigkeiten der Außenwelt versehen werden. Eskimos und Hunde sollen ebenfalls zu den Bewohnern der Kolonie gehören. Die Equipierung der Expedition soll circa zweihundert Meilen Kupferdraht und die nöthigen tragbaren Batterien umfassen, um die Kolonie in der Lady-Franklin-Bay mit dem Depot am Cap Union und von da so weit als möglich nördlich zu verbinden. Der Hauptzweck einer solchen temporären Kolonie würde natürlich der sein, die Kolonisten zu befähigen, sofort von einer günstigen Gelegenheit Gebrauch zu machen, um mittelst Booten und Schlitten bis zum Pol vorzudringen.

Lokales.

Die Enquête zur Regelung der Weide- und Waldverhältnisse in Oberkrain.

Sonntag den 25. v. M. trat in Laibach die durch Vermittlung des Zentralausschusses der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft zustande gekommene Enquête zur Regelung der streitigen Weide- und Waldverhältnisse in Oberkrain zusammen, über deren Genesis wir bereits in dem jüngst von uns veröffentlichten Sitzungsprotokolle der Landwirtschaftsgesellschaft vom 7. Jänner d. J. (Laibacher Zeitung Nr. 10 und 11 vom 13. und 15. desselben Monates) näher berichtet haben. Der Zweck der genannten Enquête, zu der vonsetzt der krainischen Industrie-gesellschaft die Herren Direktor Karl Luckmann und Forstmeister Seitner, und seitens der Eingeforsteten 11 Abgeordnete der politischen Gemeinden Auriz (Velbes), Görjach, Wochener-Feistritz und Mitterdorf erschienen waren, ging bekanntlich dahin, zunächst die Ursachen der besonders im Laufe der letzten Jahre zwischen den eben genannten Theilen aus ihren gegenseitigen Weide- und Waldverhältnissen entsprungenen zahlreichen Klagen und Beschwerden zu erforschen und dieselben sodann womöglich im Wege freier und gütlicher Vereinbarung zu ebnen.

Außer den oben genannten Vertretern der beiden Parteien wohnten unter dem Vorsitze des die Verhandlungen leitenden Präsidenten der krainischen Landwirtschaftsgesellschaft, Dr. Karl Freiherrn v. Wurzbach, auch 9 Zentralausschussmitglieder der Gesellschaft der Versammlung bei.

Nachdem der Präsident die Anwesenden mit kurzen Worten begrüßt hatte, ergriff zunächst der Gesellschaftssekretär Dr. Johann Bleiweis das Wort zu nachstehender Ansprache:

„Ich bin ein Arzt, welcher gerne ungesunde Zustände heilen möchte; um dies zu können, scheint es mir jedoch vor allem nöthig, die Quellen kennen zu lernen, aus welchen erstere entspringen, und ich hoffe daher, daß in der heutigen Enquête die Ursachen der ungesunden Wald- und Weidewerhältnisse in Oberkrain gefunden werden. Ich werde den heutigen Tag segnen, wenn er uns in dieser Richtung Erfolge bringt; zu diesem Zwecke will ich nun zunächst die schriftlichen Beschwerden der Gemeinden vorlesen. Dieselben lauten:

1.) Durch die schonungslose Hegelegung unserer besten Weideplätze wird der Viehzuchtbetrieb von Tag zu Tag mehr gefährdet und wir Eingeforsteten sind gezwungen, den einzigen landwirthschaftlichen Erwerb, die Viehzucht und die Alpenwirthschaft, zu verlassen.

2.) Durch die Forstorgane der Industrie-gesellschaft wurden unwahre Angaben über die Zahl des betretenen Viehes bei Gericht gemacht, wodurch das Strafausmaß ein ungerechtes wurde, wogegen auf die Aussagen der Beschuldigten keine Rücksicht genommen wird.

3.) Der nothwendige Brenn-, Bau- und Kuchholzbedarf wird uns Berechtigten aus den eingeforsteten Waldungen entweder nicht ausgewiesen, oder es geschieht die Ausweisung unter allen möglichen Chicanen, dadurch entbehren wir des nothwendigen Brennholzes, und unsere Baulichkeiten sind schon so weit herabgekommen, daß es bei den Dächern förmlich hineinregnet.

4.) Durch dieses rücksichtslose Vorgehen und die Hintanzetzung unserer Einforstungsrechte sind wir gezwungen, unsere Streuwälder zu hacken, und werden später weder die nothwendige Einstreu noch das erforderliche Holz haben.

5.) Bis zum Jahre 1868 waren unsere katastrirten eigenen bestockten Gründe unsere Schonungswälder, da wir aus dem herrschaftlichen Walde den Bedarf bezogen haben, während wir jetzt dafür schon an 70- bis 80,000 fl. Strafe zahlen mußten und zu vielen tausend Tagen Arrest verurtheilt wurden.

6.) Hat man uns stets von allen Seiten versichert, daß nach dem Erkenntnisse vom Jahre 1868 unsere Weide reguliert und so in dem Nutzungswerth bleiben werde, wie diese früher, d. h. bis zum Jahre 1868 war. Statt dessen grenzt man jedoch jedes Jahr mehr und mehr Weide ab, — uns aber steckt man in den Keller und verkauft uns das Vieh. Während in Tirol, in der Schweiz und in Steiermark die Alpenwirthschaften gehoben und geschützt werden, sollen wir dieselben der Industrie-gesellschaft überlassen.

7.) Die Industrie-gesellschaft möge die bäuerlichen Interessen auch berücksichtigen, und die Schonungsflächen sollen wo möglich weiter von den Alpen verlegt werden, da das Weidewerk in der Nähe der Alpenstände am schwierigsten abzuhalten ist, die Grenze der Schonungsflächen zu übererschreiten.

8.) Uebrigens sind hier die Schonungsflächen ganz unnöthig, da trotz tausendjähriger Weide-Ausübung hier der Wald auch ohne jeder Kultur selbst sich anfliegt — wie man dies jedes Jahr auf dem Schnee beobachten kann, wo der Samen so dicht, fast schwarz aufliegt — und wo die bestehenden großen Flächen Schwarzwälder, die sich da befinden, auch ohne jede Schonungsfläche und Aufforstung, trotz aller Weide und fleißigen Hackens zur Verkohlung, aufgewachsen sind.

9.) Wo es sich um Sachverständigen-Angaben oder Befunde handelt, werden stets nur jene als richtig anerkannt, die der gesellschaftliche Sachverständige abgibt.

10.) Wir hatten einige schwache Weideparzellen, um selbe zu verbessern, mit Gestrüpp bewachsen lassen — dies wird uns im Wege der Subsidiarität in den Befund einbezogen, recht hoch angeschätzt und von unserem Holzbedarf zugunsten des Belasteten in Abzug gebracht. Ja, ganz kahle katastrirte bäuerliche Weideparzellen werden als absoluter Waldboden angesprochen und trotzdem, daß sie jetzt kahl sind, eigenmächtig als zukünftig mit Holz bestockt angeschätzt und uns von unserem Holzbedarf in Abzug gebracht, obgleich die Weiden gar nicht dem Forstgesetze unterliegen — um dieselben willkürlich unter das Waldland zu subsumieren und unter den § 2 des Forstgesetzes zu stellen.

11.) Zu allen diesen Verteidigungen und Beschwerden müssen wir oft einen Advokaten aufnehmen, was uns sehr weh thut, weil wir diesen nur schwer zahlen können — überdies kann sich die krainische Industrie-gesellschaft, welche reich ist, leicht drei Advokaten nehmen und wir werden sachfällig. Noch vieles anderes wäre zu erwähnen, das geeignet ist, uns bei so bewandten Umständen unserer allmätigen Verarmung auf wirthschaftlichem Gebiete entgegenzuführen.

Nach Vortrag der hier angeführten Beschwerdepunkte ergriff der Direktor der krainischen Industrie-gesellschaft, Herr Karl Luckmann, das Wort und dankte zunächst dem Zentralausschusse der Landwirtschaftsgesellschaft, daß er ihm durch Einberufung der Enquête Gelegenheit geboten habe, namens der Industrie-gesellschaft auf die gegen die letztere vielfach erhobenen Vorwürfe und Beschwerden zu erwidern und zugleich darzutun, daß die Gesellschaft weder die Absicht hatte noch hat, die zahlreichen Eingeforsteten zu drücken oder bei Ausübung ihrer Rechte unbilligerweise zu schädigen, daß sich dieselbe vielmehr stets nicht nur auf dem Boden des strengen Gesetzes, sondern auch auf dem Standpunkte der Billigkeit gegenüber allen Berechtigten bewegt habe. — Den Inhalt seiner eingehenden Erwidern bringen wir in unserer morgigen Nummer.

(Fortsetzung folgt.)

(Trauergottesdienste.) Heute vormittags wird in der hiesigen Domkirche zum Sterbegebächtnistage weiland Seiner Majestät des Kaisers Franz I. ein feierlicher Trauergottesdienst abgehalten.

(Auszeichnung.) Dem pensionierten Steueramtsdiener in Idria, Anton Jesch, wurde von Sr. Majestät dem Kaiser in Anerkennung seiner vieljährigen treuen und eifrigen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz verliehen.

(Gemeindevahl.) Bei der am 18. Februar d. J. stattgefundenen Wahl des neuen Gemeindevorstandes der Ortsgemeinde Großlupp, im politischen Bezirke Umgehung Laibach, wurden Franz Koschak von Streinbois zum Gemeindevorsteher, Josef Romer von Großaltendorf, Karl Lamprcht von Sela und Alois Sitnik von Großlupp zu Gemeinderäthen gewählt.

(Prüfungsergebnis.) Der am Montag und Dienstag am hiesigen Sebammenkurse vorgenommenen Prüfung haben sich 13 Kandidatinnen, und zwar 9 aus Krain und 4 aus Kroazien, unterzogen. Von denselben haben 4 Kandidatinnen die Prüfung mit sehr gutem, 5 mit gutem und 3 mit genügendem Erfolge bestanden; 1 wurde auf sechs Wochen reprobirt.

(Kapellmeister Schinzi.) Der bisherige Kapellmeister der neuen Stadtkapelle, Herr Schinzi, verläßt seine hiesige Stellung und begibt sich demnächst nach Preßburg, wofür er mit 15. d. M. seine neue Stellung als Kapellmeister des polnischen Infanterieregiments Erzherzog Ludwig Salvator Nr. 58 antritt.

(Julius Schwabe.) Der vorjährige Theaterdirektor Herr Julius Schwabe gastiert gegenwärtig als engagiertes Mitglied der Svoboda'schen Theatergesellschaft aus Pest am Harmonietheater in Triest, desgleichen auch Herr Verla.

(Anastasio-Grün-Denkmal.) Nach dem flüchtigsten Verzeichnisse der für ein in Graz zu errichtendes Anastasio-Grün-Denkmal gezeichneten Beiträge beträgt die Summe derselben bereits 2801 fl.

(Gestorben.) Der durch seine hiesige Niederlage auch in Laibach bekannte Schuhwarenfabrikant Herr Ignaz Pongraz ist Dienstag den 27. v. M. im Alter von 43 Jahren in Graz gestorben.

(Villa Galmeyer.) Fräulein Josefine Galmeyer hat sich veranlaßt gesehen, ihren ursprünglichen Plan, am Wörthsee eine Villa zu erbauen, fallen zu lassen, und hat sich entschlossen, eine bereits fertige Villa käuflich zu erwerben; der Rechtsfreund der Künstlerin verhandelt bereits diesbezüglich mit dem Besitzer der betreffenden Villa.

(Gewitter.) Dienstag Vormittag entlud sich über Triest ein heftiges Gewitter, begleitet von Regen und Schloffen. Für den 28. Februar und während die Berge um Triest dicht mit Schnee bedeckt sind, gewiß eine seltene Erscheinung.

(Zur historischen Erforschung Krains.) Der durch seine historischen Publicationen über Krain und die zahlreichen daselbst aufgefundenen Denkmäler aus Römerzeiten bekannte Konservator der k. k. Zentralkommission zur Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale in Wien, Professor Alfons Müllner in Marburg — ein geborner Oberlehrer — hat sich kürzlich an sämtliche Schulleitungen Krains mit dem Ersuchen gewendet, ihn durch Anstellung von Forschungen in seinen historischen Studien zu unterstützen und in der Ausbringung des hierzu nöthigen Materiales hilfreich an die Hand zu gehen, da speziell die Lehrkreise im Hinblick auf den engen Contact, in welchen dieselben durch ihre Berufsstellung mit dem Volke kommen, zunächst in der Lage sind, durch Umfragen unter dem letzteren dem Geschichtsforscher fördernd in die Hände zu arbeiten. Um zugleich eine Anleitung darüber zu geben, in welcher Richtung die gewünschten Nachforschungen in erster Linie anzustellen wären, richtete Professor Müllner detaillierte Fragebogen an die einzelnen Schulleiter, welche die zu beantwortenden Fragen genau spezifizieren. Da der Inhalt derselben ein allgemeineres Interesse für sich in Anspruch nehmen darf und außer den unmittelbar damit Betheiligten vielleicht auch anderweitige, nicht speziell dem Lehrstande angehörige Heimatsfreunde in der Lage sein könnten, eine oder die andere der gestellten Fragen zu beantworten, so glauben wir nur im Interesse des beabsichtigten wissenschaftlichen Zweckes zu handeln, wenn wir erlauben eine größere Publizität verleihen und so vielleicht auch weitere Kreise zum Studium, beziehungsweise zur Beantwortung derselben anregen. Wie wir einer Mittheilung der „Laibacher Schulzeitung“ entnehmen, lauten die von Professor Müllner gestellten Fragen folgendermaßen: 1.) Gibt es in der Pfarre einen vom Volke „Grabste“ genannten Platz oder Hügel? und wo liegt er? — 2.) Gibt es eine vom Volke „Grobste“ oder „Grubste“ genannte Vertikheit? — 3.) Gibt es in der Gegend Hügel, welche vom Volke „gomile“ genannt werden? oder „na gomilaj“ genannte Vertikheiten? wenn ja, wie viele sind ihrer? — 4.) Gibt es eine „Ternovo“ oder „na Ternovem“ benannte Vertikheit? — 5.) Kommt die Ortsbezeichnung „Straza“, „Podgrad“, „Pregrad“, „Podjid“, „Prezid“ oder „v zidch“ vor? — 6.) Kommt der Name „Staro mesto“ oder „Kazdeto“ als Ortsbenennung vor? — 7.) Kommen Namen wie „ajdna“, „ajdovski zid“, „ajdovski grad“, „ajdovšče“ u. dgl. vor? — 8.) Existieren Gemauerreste, von denen das Volk sagt: „da je Turf grad (jid, hance) zidal“ oder „da ga (jih) je Turf

podert“ oder Ähnliches? — 9.) Kommt der Name „Kari terg“ vor? — 10.) Sind alte Straßenzüge oder Vertikheiten in Wald oder Feld unter dem Namen „Kara cesta“, „Kari pot“ oder „Schlechtweg“, auch „ostras“ (Hochstraße, alta strata) bekannt, und wo verlaufen sie? — 11.) Sind in Kirchen, Kapellen oder in Profangebäuden oder sonst wo Steine oder Säulen mit römischen Inschriften oder gemeißelten Sculpturen vorhanden, und wo sind sie gefunden (wenn bekannt)? — 12.) Ist in der Gegend eine Vertikheit bekannt, wo beim Aekern, Graben ac. alte Münzen, eiserne und bronzene Waffen, Schmuckfachen aus Bronze, behauene Steine, alte Ziegel oder Geshirtrümmer oder mit Ziegelschäcken gemengter Mörtel hervorkämen? — 13.) Finden sich in der Gegend zugeschlossene und durchbohrte Steine vor, welche das Volk „strelce“ nennt, und finden sich vielleicht zugeschärzte oder zugespitzte Feuersteine? — 14.) Hat jemand in der Gegend dergleichen unter 12. und 13. Genanntes gefunden, und wer ist er, oder besitzt jemand irgend welche Alterthümer? — 15.) Gibt es in der Gegend Grotten oder Höhlen? Sind da Steine, Thier- oder Menschenknochen ausgegraben oder gefunden worden? Knüpfen sich an Höhlen Volkssagen? — 16.) Gibt es sonst irgend in alterthümlicher Beziehung Bemerkenswerthes in der Gegend? und wie weit reichen die Lausbücher zurück? — 17.) Kommen unter dem Volke Sagen vor, welche sich auf die hl. Walburga oder hl. Kunigunde beziehen? — 18.) Pflegen zu Weignachten, Ostern und Johanni vom Volke irgend abergläubische Gebrauche geübt zu werden, oder knüpfen sich an diese oder andere hohe Feste alte Sagen? — 19.) Weiß das Volk etwas von geschnittenen Schlangen oder von der Mistel: riji lim (Biscum album) oder sonst einer Pflanze zu erzählen, und was hält es von den Ziguernern? — 20.) Kommen in der Gegend Namen von Personen, Vertikheiten, Bergen, Wässern ac. vor, deren Bedeutung entweder unklar oder aus der slovenischen Sprache nicht zu erklären ist, und welche sind es? — 21.) Wie ist die Farbe der Haut, der Haare und der Augen bei den Schulkindern beschaffen? Wie viele von jeder Art?

Neueste Post.

Judenburg, 28. Februar. (N. fr. Pr.) Unter lebhafter Betheiligung der Wählerschaft fand heute die Landtagswahl statt. Von 472 Wahlberechtigten erschienen 388. Mit knapper Majorität wurde zum Abgeordneten Dr. Diebaum, Bürgermeister von Judenburg, gewählt. Derselbe erhielt 199 Stimmen, während auf den gleichfalls liberalen Gegenkandidaten Kappel aus Knittelfeld 188 Stimmen entfielen.

Pest, 28. Februar. (N. Br. Tgbl.) Aus Konstantinopel berichtet der „Pester Lloyd“: In den Kassen von Dolma-Baghsche ist ungeachtet der so gerühmten Kontrolle eine große Ebbe eingetreten, und es soll niemanden Wunder nehmen, wenn russische Subsidien schon nächster Zeit eine überraschende Umwälzung hervorbringen. Rußland spekuliert dabei auf ein ausgezeichnetes Geschäft. Der Krieg in der Türkei kann Milliarden verschlingen, während man mit dem zwanzigsten Theil der Summe ohne Blutvergießen denselben Zweck erreichen dürfte. Daß England den moskowitischen Plänen entgegenwirkt, ist wol selbstverständlich. Will es jedoch mit Erfolg arbeiten, so muß es mit einem Mehranbot auf die Szene treten.

Berlin, 28. Februar. (N. Br. Tgbl.) Graf Harry Arnim suchte um freies Geleite nach, um unbehindert beim Reichsdisciplinarhof zum Termin am 4. März in Leipzig erscheinen zu können.

Berlin, 28. Februar. (N. fr. Pr.) In unterrichteten Kreisen wird bestritten, daß Rußland auf Beantwortung seiner Note dränge, man nimmt vielmehr an, die Verzögerung sei ihm sogar nicht unerwünscht. Es wird auch bestätigt, daß die Lage friedlicher sich gestalten, da die Verhandlungen wegen Fristgewährung an die Pforte Aussicht auf Gelingen haben sollen, doch wird die Entscheidung Rußlands nicht vor Beantwortung seiner Note, die frühestens erst nach einer Woche, keinesfalls vor dem Friedensschlusse mit Montenegro zu erwarten ist, erfolgen. In dieser Antwort, nimmt man an, werde der Antrag auf Gewährung einer einjährigen Frist von allen Mächten gestellt und so Rußland der Rückzug ohne seiner Würde zu vergeben, ermöglicht werden.

Jassy, 28. Februar. (N. fr. Pr.) Der Cassationshof cassierte ein Urtheil des Bukarester Appellhofes, welches die Bestätigung des Brailaer Tribunals über den Häuseranlauf eines Israeliten verweigerte. Die höchste Instanz stellte hiedurch das Rechtsprinzip fest, daß Juden in den Städten Häuser anlaufen dürfen. Diese höchstgerichtliche Sentenz rief allenthalben Befriedigung hervor, und erblickt man darin den Beginn einer günstigen Aera für die Juden Rumäniens.

Belgrad, 28. Februar. (N. Br. Tgbl.) Der Fürst erklärte den Ulicaer Abgeordneten, daß er binnen zwei Monaten die ordentliche gesetzgebende Skupstina einberufen wird, um ein Anlehen abzuschließen, damit der durch die türkische Invasion geschädigten Bevölkerung geholfen und Requisitionen zurückgezahlt werden können.

Belgrad, 28. Februar. (N. Br. Tgbl.) Das Moratorium soll auf ein Jahr für das Innere verlängert werden, für das Ausland wird dasselbe demnächst aufgehoben.

Belgrad, 28. Februar. (Presse.) Der Friede wird morgen feierlich publiziert werden.

Konstantinopel, 28. Februar. (Presse.) Ein Rundschreiben des Großveziers an die Statthalter der Provinzen fordert dieselben auf, eifrigst dafür Sorge zu tragen, daß die Bevölkerung ihre Waffen baldigst ablegt. Von den drei aus Amerika erwarteten Schiffen mit Waffen und Munition sind zwei schon hier eingetroffen, während die Abfahrt des dritten aus Newhaven telegraphisch avisiert wurde. Um den Muselmännern ein Beispiel zu geben, hat der Großscherif von Melta seinen Bruder und seinen Sohn unter die Freiwilligen aufzunehmen lassen.

Telegraphischer Wechselkurs

vom 1. März.
Papier = Rente 62.75. — Silber = Rente 67.45. — Gold = Rente 74.35. — 1860er Staats-Anlehen 139.25. — Bank-Aktion 830.—. — Kredit-Aktion 150.20. — London 123.50. — Silber 113.50. — R. l. Münz = Dutaten 5.90. — Napoleons'or 9.87 1/2. — 100 Reichsmark 60.65.

Wien, 1. März. Zwei Uhr nachmittags. (Schlußkurs.)
Kreditactien 150.30, 1860er Lose 109.25, 1864er Lose 131.75, österreichische Rente in Papier 62.70, Staatsbahn 227.—, Nordbahn 180.—, 20-Frankenstücke 9.88, ungarische Kreditactien 123.25, österreichische Francobank —, österreichische Anglobank 70.50, Lombarden 78.—, Unionbank 51.—, austro-orientalische Bank —, Lloydactien 333.—, austro-ottomanische Bank —, türkische Lose 17.50, Kommunal = Anlehen 94.—, Egypthische —, Goldrente 74.05.

Angekommene Fremde.

Am 1. März.
Hotel Stadt Wien. Jugowit, Krainburg. — Blum, Kfm., Wien.
— Gulic, Sessana. — Wild, Agent, Traunstein.
Hotel Giesant. Neuberger, Preßanegg. — Groß, Wagnersche.
— Konjag, Stein. — Horat, Wien. — Rafetti, Glatz.
Hotel Europa. Bivvy, Kfm., Siofol. — Londeric, Sclat.
Köhren. Vespris, Kafel. — Perabset, Privat, Niedina.

Lottoziehung vom 28. Februar.

Prag: 32 28 83 67 6.

Theater.

Heute: Zum Vortheile der Schauspielerin Friederike Schödl: Eine kleine Erzählung ohne Namen. Lustspiel in 2 Akten von Birner. Hierauf: In der Brautnacht, oder: Beckers Geschichte. Operette in 1 Akt von G. J. Schwanen auf der Hasenjagd. Komische Geschichte in 8 großen lebenden Bildern. Die Musik nach schwäbischen Volksweisen vom Kapellmeister Kaufmann.

Meteorologische Beobachtungen in Laibach.

März	Zeit der Beobachtung	Barometerstand in Millimetern auf 0° C. reducirt	Lufttemperatur nach Celsius	Wind	Nacht des Himmels	Witterung
	7 U. Mg.	732.86	- 9.6	windstill	dichter Nebel	0.0
1.	2 „ N.	732.98	- 0.2	D. schwach	heiter	
	9 „ Ab.	735.98	- 4.0	D. schwach	heiter	

Morgens dichter Nebel, bis 9 Uhr anhaltend, dann heiter; schwaches Abendroth. Der Schnee liegt 12 Centimeter hoch. Das Thermometer der Temperatur - 4.6°, um 6.2° unter dem Nullpunkte.

Verantwortlicher Redacteur: Dittmar Bamberg.

Börsenbericht.

Wien, 28. Februar. (1. Upr.) Lebhaft schwankende Speculation in beiden Creditactien und eine durch Pariser Mäander herbeigeführte intensive Baiffe in Staatsbahn.

Actien		Actien von Banken.		Actien von Transport-Unternehmungen.		Pfundbriefe.		Prioritäts-Obligationen.				
Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware	Geld	Ware			
Papierrente	62.40	62.60	Siebenbürgen	71.25	71.60	Franz-Joseph-Bahn	117.50	118.—	Gal. Karl-Ludwig-B., 1. Em.	101.50	102.—	
Silberrente	67.20	67.40	Lemmer Banat	72.—	72.40	Galizische Karl-Ludwig-Bahn	210.—	210.50	Deferr. Nordwest-Bahn	90.25	90.50	
Goldrente	74.15	74.25	Ungarn	74.25	74.75	Rafsan-Oberberger Bahn	84.50	85.—	Siebenbürgen Bahn	59.15	59.35	
Lose, 1859	284.—	285.—	Actien von Banken.		Actien von Transport-Unternehmungen.		Lemberg-Cernowitzer Bahn	112.—	112.50	Staatsbahn 1. Em.	157.—	157.50
„ 1854	106.—	106.50	Anglo-öfterr. Bank	70.—	70.25	Lloyd-Gesellsch.	330.—	333.—	Südbahn à 3%	93.25	93.50	
„ 1860	108.75	109.—	Kreditanstalt	149.10	149.20	Deferr. Nordwestbahn	111.—	111.25	Südbahn, Bons	—	—	
„ 1860 (Hänstel)	117.50	117.75	Depositenbank	126.—	127.—	Rudolfs-Bahn	104.25	104.75	Devisen.			
„ 1864	—	—	Kreditanstalt, ungar.	123.—	123.75	Staatsbahn	231.—	231.50	Auf deutsche Plätze	60.35	60.55	
Ung. Prämien-Anl.	70.50	71.—	Compt.-Anstalt	670.—	680.—	Südbahn	77.50	78.—	London, kurze Sicht	124.05	124.15	
Kredit-L.	161.75	162.25	Nationalbank	830.—	832.—	Therz-Bahn	158.—	160.—	London, lange Sicht	124.20	124.30	
Rudolfs-L.	18.50	14.—	Deferr. Bankgesellschaft	—	—	Ungar.-galiz. Verbindungsbahn	78.—	79.—	Paris	49.20	49.30	
Prämienanlehen der Stadt Wien	94.—	94.25	Unionbank	51.—	52.—	Ungarische Nordostbahn	91.50	92.—	Geldsorten.			
Donau-Regulierungs-Lose	102.40	102.60	Verkehrsbank	79.—	80.—	Wiener Tramway-Gesellsch.	96.50	97.50	Dutaten	5 fl. 88	fr. 5 fl. 90	
Donäner-Pladabriefe	143.75	144.25	Wiener Bankverein	—	52.—	Pfundbriefe.		Nationalbank	89.25	89.50		
Österreichische Schatzscheine	99.—	99.10	Actien von Transport-Unternehmungen.		Pfundbriefe.		Ung. Bodenkredit-Institut (B. u. B.)	96.35	96.50	Rapoleon's'or	9 „ 93	„ 9 „ 94
Ung. Eisenbahn-Anl.	98.50	99.—	Alföld-Bahn	94.25	94.75	Ung. Bodenkredit-Institut (B. u. B.)	87.—	87.25	Deutsche Reichsbanknoten	60 „ 15	„ 61 „ 05	
Ung. Schatzbons vom J. 1874	96.75	97.25	Donau-Dampfschiff-Gesellschaft	342.—	344.—	Prioritäts-Obligationen.		Silbergulden	113 „ 50	„ 113 „ 75		
Anlehen d. Stadtgemeinde Wien	95.—	95.25	Elisabeth-B. 1. Em.	90.50	91.—	Elisabeth-B. 1. Em.	90.50	91.—	Krainische Grundentlastungs-Obligationen.			
Grundentlastungs-Obligationen.		Actien von Transport-Unternehmungen.		Prioritäts-Obligationen.		Prioritäts-Obligationen.		Krainische Grundentlastungs-Obligationen.		Krainische Grundentlastungs-Obligationen.		

Nachtrag: Um 1 Uhr 30 Minuten notieren: Papierrente 62.20 bis 63.50. Silberrente 70.25. London 124.05 bis 124.40. Napoleons 9.92 bis 9.92 1/2. Silber 113.70 bis 113.80. Staatsbahn 132.— bis 132.50.